

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 21. November 1958

Blatt 2334

Überreichung der Ehrenmedaille an Prof. Swoboda

=====

21. November (RK) Bekanntlich hat der Wiener Gemeinderat dem Univ.-Prof. Dr. Hermann Swoboda anlässlich der Vollendung seines 85. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Stadt Wien zugesprochen. Die feierliche Überreichung der Ehrenmedaille durch Bürgermeister Jonas findet Dienstag, den 25. November, um 10,30 Uhr, im Roten Salon des Wiener Rathauses statt. Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl werden sprechen. Bei der Feier wird das Wiener Pro Arte-Quartett mitwirken.

- - -

Hans Rathausky zum Gedenken

=====

21. November (RK) Auf den 23. November fällt der 100. Geburtstag des Bildhauers Hans Rathausky.

In Wien geboren, besuchte er die Akademie der bildenden Künste und schloß sein Studium als Schüler der Meisterklasse von Karl Kundmann. Rathausky schuf hauptsächlich Denkmäler, von denen einige sehr bekannt geworden sind. Er starb am 17. Juli 1912 in seiner Vaterstadt.

- - -

Weihnachtsbäume der Stadtverwaltung auf 13 Plätzen
=====

21. November (RK) Ab Samstag, den 29. November, werden in Wien auf 13 Plätzen große Weihnachtsbäume stehen, die der Wiener Bevölkerung die Feiertagsgrüße der Stadtverwaltung übermitteln sollen. Stadtrat Heller hat dem Stadtgartenamt den Auftrag erteilt, zu diesem Zweck wieder große Doppelfichten zu beschaffen. Die Zahl der Aufstellungsplätze ist gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt worden. Diese sind: Rathausplatz, Praterstern, Westbahnhof, Philadelphiabrücke, Stadtbahnstation Hietzing, Washington-Hof, Märzpark vor der Stadthalle, Johann Nepomuk Berger-Platz, Joachimsthalerplatz, Kongreßpark, Elterleinplatz, Wallensteinplatz und Floridsdorfer Spitz.

- - -

Die Bundeshauptstadt den Soldaten näher gebracht
=====

21. November (RK) Der Befehlshaber der Gruppe I, Oberst Waldmüller, hat dieser Tage mit Angehörigen seines Stabes an einer der Rundfahrten "Soldaten lernen die Bundeshauptstadt kennen" teilgenommen. Hierauf richtete er an Bürgermeister Jonas ein Schreiben, in dem es unter anderem heißt:

"Wenn man in einer Stadt wohnt und tagtäglich durch die Straßen der Stadt fährt, nimmt man sich erfahrungsgemäß nicht die Zeit, die Stadt so anzusehen, wie dies ein wißbegieriger Fremder tut. Als Teilnehmer an so einer Rundfahrt hat man auf einmal diese Zeit. Und man lernt dabei nicht nur die Stadt kennen, sondern erfährt auch von den als Fremdenführer eingeteilten Ingenieuren des Stadtbauamtes Interessantes über ihre Probleme. Derart haben diese Rundfahrten Ihre Stadt, unsere Bundeshauptstadt, vielen Soldaten näher gebracht und waren so eine wertvolle Ergänzung der notwendigen staatsbürgerlichen Erziehung."

- - -

Wiener Landtag

=====

21. November (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Als einziges Geschäftsstück stand ein Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Knittelfeld auf der Tagesordnung.

Abg. Dr. Jakl (SPÖ) berichtete, daß es sich dabei um einen Verkehrsunfall handelt. Abg. Dr. Bohmann (SPÖ) hat selbst um seine Auslieferung ersucht. Das Immunitätskollegium stellt daher den Antrag, der Auslieferung zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wird der Auslieferung des Abg. Dr. Bohmann einstimmig zugestimmt.

Präsident Marek schließt die Sitzung.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

21. November (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat im Anschluß an die Sitzung des Landtages der Wiener Gemeinderat zusammen. Es lag eine Anfrage der VO vor, ferner ein Antrag der VO, betreffend "Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen". Von der ÖVP lagen vor, ein Antrag, betreffend "Gewährung einer Subvention für die Renovierung der Karlskirche", sowie ein Antrag, betreffend "Die Planung neuer Stadtviertel". Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

GR. Planek (SPÖ) referierte hierauf über die Errichtung eines Wirtschaftsobjektes für die Unterbringung von Geräten für Gärtnerarbeiten in der Gartenanlage der Ringturm-Kreuzung. Anlässlich der Regulierung der Kreuzung, so führte der Referent aus, mußte der Wirtschaftshof der Gärtnerunterkunft abgetragen werden. Als Ersatz sollte mit einem Kostenaufwand von 100.000 Schilling ein Flugdach errichtet werden. Die Abteilung für Architektur hat jedoch zur Wahrung des Stadtbildes ein kleines Wirtschaftsgebäude entworfen, das für die Unterbringung der Geräte auch zweckmäßiger ist. Dafür sind jedoch 150.000 Schilling erforderlich.

GR. Hausner (VO) fragt, ob das Objekt mit jenem identisch

./.

ist, das sich schon auf dem Kai befindet. Wenn ja, so erhebt sich die Frage, warum der Gemeinderat mit dem Antrag überhaupt noch beschäftigt wird. Er ersucht, die Rechte des Gemeinderates zu wahren und ihn nicht vor vollzogene Tatsachen zu stellen.

GR. Planek bemerkt dazu, daß das Objekt tatsächlich bereits besteht. Zur Aufklärung sei jedoch gesagt, daß ursprünglich eben ein Flugdach bewilligt wurde und es sich also eigentlich nur darum handelt, die Mehrkosten von 50.000 Schilling zu genehmigen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Hierauf vertrat GR. Billmaier (SPÖ) den Antrag, für den Bau der Ostbahnbrücke über die Straße "Am Kaisermühlendamm" drei Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Hausner (VO) erklärte, durch diese Unterführung könne nicht die Unterführung der Erzherzog Karl-Straße abgekauft werden, da diese nicht nur für die Autofahrer, die in das Erholungsgebiet Lobau gelangen wollen, sondern auch für den ganzen Bezirksteil eine Lebensnotwendigkeit sei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf referierte Amtsführender Stadtrat Slavik (SPÖ) über die Erhöhung des für zinsfreie Darlehen zur Instandhaltung von Miethäusern und die Herstellung von Kanalanschlüssen bereitgestellten Betrages von 200 auf 250 Millionen Schilling. Der Stadtrat verwies darauf, wie segensreich sich diese Darlehen für die Mieter von Althäusern ausgewirkt haben.

Gemeinderat Hausner (VO) begrüßte die Erhöhung des Betrages, erklärte aber, daß diese Hilfe unzulänglich sei, und forderte die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds. Weiter urgierte er die Beistellung von Krediten für Kanalanschlüsse auch an Besitzer von Einfamilienhäusern und Siedlungen.

Gemeinderätin Hiltl (ÖVP) begrüßte gleichfalls den Antrag und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auf dem Gebiete der Instandhaltung von Althäusern weitere Fortschritte erzielt werden können, was umso dringender sei, als in diesen 80 Prozent der Wiener Bevölkerung wohnen. Sie bezeichnete es als eine Selbstverständlichkeit und eine Sache der Gerechtigkeit, auf diese Weise jenen Mietern zu helfen, die nicht in der glücklichen Lage sind, eine neue Wohnung beziehen zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Windisch (SPÖ) erklärte: Ich stimme meiner Vorrednerin absolut zu, wenn sie hier der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß man vielen der betroffenen Mietern die Erhöhung der Mietzinse nicht mehr zumuten kann. Ich möchte der Frau GR. Hiltl aber gleichzeitig sagen, daß es im Bereich der Möglichkeiten ihrer Fraktion steht, im Nationalrat einen Antrag einzubringen, wonach für Mietzinserhöhungen eine oberste Grenze festgesetzt wird. Meine Fraktion im Nationalrat wird sich einem solchen Antrag sicher nicht widersetzen. Und wenn die Frau GR. Hiltl die zur Verfügungstellung des zinsfreien Darlehens als eine selbstverständliche Hilfe für die Betroffenen bezeichnete, dann sollte man eigentlich auch glauben, daß es für die ÖVP auch eine Selbstverständlichkeit sei, im Nationalrat endlich der Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds zuzustimmen. Die Beistellung dieser Mittel ist jedenfalls eine große Hilfe nicht nur für die zehntausenden Betroffenen, sondern auch deswegen so notwendig, weil damit die Erhaltung tausender Wohnungen gesichert ist.

Der Redner lobt dann das korrekte Verhalten der Beamten bei der Gewährung dieser Darlehen, führte aber bei dieser Gelegenheit unter Anführung von Beispielen Klage über das Vorgehen der Beamten der Verwaltungsgruppe des Stadtrates Lakowitsch in bestimmten Fällen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Stadtrat dafür Sorge tragen werde, daß sich gleiche Vorkommnisse nicht mehr wiederholen. (Beifall bei der SPÖ.)

Hierauf wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Zusätzliche Wohnbauförderung durch die Gemeinde Wien

10.000 neue Wohnungen durch Annuitätenzuschüsse

Stadtrat Slavik (SPÖ) referierte sodann über eine neue Art der Wohnbauförderung, die es ermöglichen soll, zu allen bisherigen Baumöglichkeiten noch zusätzlich Wohnraum zu schaffen. Er betont einleitend, daß die Förderung des Baues von Eigenheimen oder der Eigentumswohnungsbau nicht eine Erfindung des Jahres 1958 ist. Der Eigenheimbau sei älter, als die ältesten Mitglieder dieses Hauses sind, nur habe er früher ganz anders ausgesehen. Es konnte sich damals nur ein geringer Teil der Bevölkerung den Bau eines Eigenheimes leisten. Groß war auch der Unterschied damals in der Qualität der Mietwohnungen und der Eigenheime. Zu den hohen Bau-

kosten kamen schließlich auch noch die hohen Kosten, die für die Erhaltung eines Eigenheimes aufgewendet werden müssen. Nach dem ersten Weltkrieg und nach Überwindung der ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurde dann in Wien mit dem kommunalen Wohnungsbau begonnen. Darüber hinaus wurde aber auch der Versuch unternommen, den genossenschaftlichen Wohnungsbau und den Bau von Eigenheimen zu fördern. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den genossenschaftlichen Wohnungsbau waren in der Ersten Republik jedoch nur in geringem Maße vorhanden. Man mußte damals schon 10 Prozent Eigenmittel aufbringen, das waren ungefähr 1.000 bis 1.200 Schilling. Um das Aufbringen dieser Eigenmittel zu ersparen, ging man schließlich dazu über, diese durch die Leistung von Arbeitsstunden zu ersetzen. Es mußten dafür bis zu 2.000 Arbeitsstunden geleistet werden, die vielfach nur unter der Mithilfe von Verwandten und Freunden zusammengebracht werden konnten. Damit war aber erst das Problem der Anzahlung gelöst, jedoch nicht das der Annuitätenzahlung. Schließlich kam man durch den wirtschaftlichen Notstand der damaligen Zeit auf die Idee, den Siedlern etwa 2.000 Quadratmeter Grundfläche zur Verfügung zu stellen, damit sie durch den Anbau und den Verkauf von Gemüse und Obst ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen könnten.

Noch schwieriger war es beim Bau von Eigenheimen. Es wurden damals zwei Anlagen geschaffen. Die eine ist die Werkbundsiedlung, die zweite die Eigenheimanlage auf der Triester Straße bei der Spinnerin am Kreuz. Die Darlehen mußten damals innerhalb von 15 Jahren zurückgezahlt werden. Durch die schlechte Wirtschaftslage konnten diese Experimente dann jedoch nicht fortgesetzt werden. Es ist auch heute fraglich, ob die Bauwilligen jetzt im Stande wären, Darlehen innerhalb von nur 15 Jahren zurückzuzahlen.

Der heute vorliegende Antrag nimmt auf die Erfahrungen der Vergangenheit Rücksicht. Er beinhaltet, daß die Stadt Wien ermächtigt wird, für 10.000 Wohnungen Annuitätenzuschüsse zu leisten und die Bürgschaft für die Darlehen zu übernehmen. Die Bürgschaft ist notwendig, um so große Kredite zu einem halbwegs günstigen Zinsfuß zu bekommen, die eine Laufzeit von 25 Jahren haben. Der Zinsfuß wird zwischen $7\frac{1}{2}$ und 8 Prozent liegen. Vier Prozent dieser Zinsen sollen vom Bauwerber getragen werden, der andere Teil von der Stadt Wien.

Der Redner verweist sodann auf die verschiedenen anderen Möglichkeiten der Finanzierung des privaten Wohnungsbaues. Bei allen diesen Möglichkeiten ist jedoch eine bestimmte Grenze in der Größe der Wohnungen festgelegt, und ebenso in der Höhe der Kredite. Obwohl im Wohnbauförderungsgesetz Wohnungen bis zu 130 Quadratmeter vorgesehen sind, können praktisch nur Wohnungen mit einem Betrag von 150.000 Schilling - das ist die Höchstgrenze des Darlehens - gebaut werden, das entspricht Wohnungsgrößen von nur 70 bis 75 Quadratmetern. Die heute zur Beratung stehende Art der Wohnbauförderung durch Annuitätenzuschüsse soll er ermöglichen, für Ehepaare bis zu einem Kind Wohnungen mit einem Höchstausmaß von 90 Quadratmetern zu bauen, für Ehepaare mit zwei Kindern bis zu 110 Quadratmeter und für Ehepaare mit drei und mehr Kindern bis zu 130 Quadratmeter. Nachdem man sich auf die Wohnungsgrößen geeinigt hatte, mußte die Höhe des Darlehens berechnet werden. Es wurde diesen Berechnungen ein Quadratmeterpreis von 2.100 Schilling zu Grunde gelegt. Bei der Gewährung dieser Kredite wird auf die sozialen Voraussetzungen Rücksicht genommen werden und die Höhe der Eigenmittel je nach der Kinderzahl festgesetzt. Außerdem muß der Bauwillige selbst über einen Eigengrund oder einen Baurechtsgrund verfügen. Es muß im Rahmen der Stadt Wien überlegt werden, wie weit es möglich sein wird, Baurechtsgründe zur Verfügung zu stellen. Der Redner verweist auf die große Zahl der Wohnungswerber, die bei verschiedenen Baugenossenschaften usw. angemeldet sind und auf eine Wohnung warten. Beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und auch bei der Wohnbauförderung liegen Ansuchen, die eine Wartezeit zwischen vier und sieben Jahren haben. Mit Hilfe der Annuitätenzuschüsse werden vielleicht auch viele dieser Bauwerber auf die neue Art der Wohnbauförderung übergehen. Bei einer etwa 90 Quadratmeter großen Wohnung ergibt sich ein Krediterfordernis von rund 150.000 Schilling und damit eine jährliche Zinsenbelastung von 6.000 Schilling für den Bauwerber, bzw. 500 Schilling im Monat. Nach 25 Jahren ist jedoch das Haus sein Eigentum. Stadtrat Slavik ist der Überzeugung, daß diese neue Art der Wohnbauförderung in der Bevölkerung großen Anklang finden wird. Es wird zusätzlich Wohnraum geschaffen und darüber hinaus auch ein weiterer Beitrag zur Vollbeschäftigung geleistet werden. Bauwille sei in der Wiener Bevölkerung in großem Maße vorhanden.

Das Ansteigen der privaten Spartätigkeit kann gleichfalls dadurch in eine günstige Richtung gelenkt werden.

Selbstverständlich wird die Gemeinde Wien auch in Zukunft den kommunalen Wohnungsbau fortsetzen.

Außerdem wird noch durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, durch den Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds und durch die Landeswohnbauförderung neuer Wohnraum geschaffen.

Stadtrat Slavik stellt abschließend fest, daß man es nicht abschätzen könne, in welchem Zeitraum diese neuen Kredite in Anspruch genommen werden. Die Kapazität der Bauwirtschaft wird es nicht ermöglichen, zusätzlich 10.000 Wohnungen schon in einem Jahr in unserer Stadt zu bauen. Das ist rein technisch nicht möglich. Die Aktion wird sich daher auf einige Jahre erstrecken. Sein Wunsch sei es jedoch, daß sich möglichst viele Interessenten für diese Aktion melden, damit so rasch wie möglich mit dem Bau von Eigenheimen oder Genossenschaftswohnungen begonnen werden kann.

Der Referent stellt sodann den Antrag auf Gewährung der Annuitätenzuschüsse für den Bau von 10.000 Wohnungen. Die Zuschüsse sollen es den Bauwerbern ermöglichen, die für den Bau erforderlichen Darlehen im Laufe von 25 Jahren mit einem Aufwand von jährlich vier Prozent zu tilgen, während die Stadt Wien den Rest der Annuität zahlt. Weiter übernimmt die Stadt Wien die Bürgschaft für solche Darlehen, soweit diese über das für mündelsichere Darlehen zulässige Ausmaß hinausgehen. Ferner soll der Magistrat ermächtigt werden, die Annuitätenzuschüsse und die Bürgschaft im Einzelfalle zuzusagen und hiebei die genauen Bedingungen festzusetzen.

GR. Lauscher (VO) rechnet an einem Beispiel vor, daß bei einer 70 Quadratmeter großen Wohnung der Wohnungswerber 60.000 Schilling mit dem Baugrund bar zur Verfügung haben muß. Dabei sind die Kosten der Anschlüsse nicht berücksichtigt, und schließlich hätte er dann jährliche Rückzahlung von 5.000 Schilling aufzubringen. Dazu wiederum kämen noch die laufenden Betriebs- und Instandhaltungskosten. Man müßte daher die Frage stellen: Wer kann sich das leisten? Jedenfalls kein Arbeiter und Angestellter, sondern nur wirklich gut situierte Kreise! Und ausgerechnet diesen Schichten will die Gemeinde Wien aus allgemeinen Steuermitteln mehr als die Hälfte des Tilgungs- und Zinsendienstes bezahlen. Die Gemeinde

Wien, so meint der Redner, verzichte darauf, selbst 10.000 Wohnungen zu bauen und läßt statt dessen das Geld begüterten Schichten zukommen. Auf der anderen Seite aber erhöht die Gemeinde die Mietzinse in den Gemeindebauten. Über diese neue Wohnungspolitik der Sozialisten seien natürlich die ÖVP und die Hausherrn sehr erfreut. Die SPÖ im Wiener Rathaus gehe hier einen sehr verhängnisvollen Weg. Die VO lehne es daher im Interesse der Arbeiter und Angestellten entschieden ab, dem Antrag zuzustimmen.

GR. Mühlhauser (ÖVP) sagt eingangs, wenn er noch nicht überzeugt gewesen wäre, daß der neue Weg, den die Gemeinde Wien einschlägt, richtig ist, dann hätten ihn die Worte von GR. Lauscher überzeugt. Wenn Lauscher auch davon gesprochen hat, daß sich die ÖVP über die neue Regelung freue, so dürfe er feststellen, daß das heurige Jahr bei der Mehrheitspartei des Rathauses die Einsicht gebracht hat, daß eine moderne Kommunalpolitik nicht mehr so geführt werden kann wie vor 40 Jahren. Man habe mit dem heutigen Antrag auch den Weg beschritten, zusätzlich Wohnungen zu schaffen. Wir wissen alle, daß es in dieser Stadt sehr viele Menschen gibt, die es sich leisten können, einen Beitrag zur Erlangung einer modernen Wohnung zu geben. Aufgabe der Stadt Wien müsse es bleiben, im kommunalen Wohnungsbau Wohnungen für jene Menschen zu schaffen, die auf Grund ihrer Bedürftigkeit nicht in der Lage sind, anderswo eine Wohnung zu erhalten. Aber es sei ebenso Aufgabe der Gemeinde, jenen Unterstützung angedeihen zu lassen, die bereit und in der Lage sind, selbst mitzuhelfen. Der Redner sagte, er freue sich, daß die Volkspartei erstmals diesen Gedanken ausgesprochen hat, aber es gehe seiner Fraktion nicht darum, wer den ersten Gedanken gehabt hat, sondern darum, daß immer mehr Menschen in den Besitz einer neuen Wohnung kommen können.

GR. Mühlhauser gibt dann einige Anregungen zur Verbesserung der Vorlage. Er stellt einen Abänderungsantrag, der vorsieht, daß die Ermäßigung der Eigenmittel für Familien nicht als Kannbestimmung, sondern zwingend beschlossen wird. Er meint auch, daß mit dem Höchstsatz von 2.100 Schilling pro Quadratmeter in manchen Fällen nicht das Auslangen gefunden werden kann und schlägt eine Erhöhung vor. Bei der Vergebung im Baurecht sei die strengste Kontrolle notwendig, wie überhaupt die Abwicklung der ganzen Förderungsmaßnahmen dem Wohnbauförderungsbeirat übergeben werden

sollte. Der Redner wendet sich auch gegen die Bestimmung, daß die Übertragung des Eigentums nur mit Zustimmung der Stadt Wien möglich ist. Er fragt in diesem Zusammenhang, warum man das Wohnungseigentum aus dieser Förderungsaktion ausschließen wolle. Abschließend meint GR. Mühlhauser, er glaube, daß seine Bemerkungen nichts Negatives darstellten, sondern etwas Positives. Sie sollen diese Maßnahmen zum Besten der Wiener Bürger noch verbessern. Die Wiener werden sich bestimmt über diese neue Förderung freuen, durch die die Stadt Wien einen Schritt getan hat, die Wohnungsnot in unserer Stadt beträchtlich zu lindern. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dipl.-Ing. Witzmann (SPÖ) meinte, daß in den nächsten fünf Jahren 10.000 Familien glücklich werden, weil ihnen ein Herzenswunsch in Erfüllung gehen wird, der Wunsch nach einer größeren, nach einer schöneren Wohnung.

Der Redner setzte sich dann mit den Gegenargumenten des GR. Lauscher auseinander und erklärte zu dessen Frage, welche Bevölkerungsschichten sich dafür interessieren können: Es sind die Arbeiter und Angestellten, es sind die Beamten und Freischaffenden, die Intellektuellen und Akademiker, vor allem sind es junge Leute, die heiraten und nicht mehr länger warten wollen. Es sind die Zehntausenden, die bei einer Genossenschaft angemeldet sind, es sind jene, die bei den Wohnbaufonds eingereicht haben. Es sind die Menschen, die lieber gut wohnen wollen als trinken, rauchen, fernsehen und Auto fahren. Die Statistik über den steigendem Konsum an Genußmitteln und das ständige Steigen der Spareinkünfte zeigt, daß die Menschen sich das leisten können.

Freilich gibt es auch viele Menschen, die es sich nicht leisten können. Für die muß selbstverständlich wie bisher durch den kommunalen Wohnungsbau gesorgt werden. Die Mittel, die jetzt mobilisiert werden, sind zusätzliche und gehen nicht zu Lasten des kommunalen Wohnungsbaues.

./.

Dem GR. Mühlhauser hielt der Redner entgegen, daß es ein Irrtum sei zu glauben, daß die Sozialistische Partei sich gegen den Eigentumsbegriff bei Wohnungen gewandt habe; sie wendet sich nur gegen die mißbräuchliche Verwendung der Gelder des Wiederaufbaufonds für den Erwerb von Eigentum.

GR. Witzmann wandte sich dann dagegen, Grundstücke als Spekulationsobjekte zu verwenden und der Gemeinde Wien dann die Sorge um die Delogierten zu überlassen und regte die Ausarbeitung eines Gesetzes an, wonach derjenige, der Grundstücke oder Althäuser zu Spekulationszwecken kauft, Vorsorge für die Delogierten zu treffen hat. Zu dem Hinweis über die Schwierigkeiten bei der Grundstückbeschaffung richtete der Redner an GR. Mühlhauser die Frage, woher die Widerstände gegen ein Baulandbeschaffungsgesetz ebenso wie gegen ein Assanierungsgesetz kommen. Die Bauwirtschaft wird eine genügend große Kapazität besitzen, wenn allgemein so wie bei der Gemeinde gebaut wird, die ganze Bauteile überdacht, sodaß unbeschadet der Witterung zu jeder Jahreszeit gebaut werden kann. Es ist selbstverständlich, sagte der Redner abschließend, daß man für diesen Antrag stimmen muß. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort erwiderte Stadtrat Slavik: VO-Gemeinderat Lauscher hat seine eigenen Rechnungen angestellt, die aber mit der Wirklichkeit absolut nichts zu tun haben. Man soll immer nur Gleiches mit Gleichem vergleichen. Die 70 und 90 Quadratmeter großen Wohnungen liegen normalerweise nicht in Floridsdorf oder Donaustadt, sondern in den zinsteuern Gegenden. Und wenn jemand dort eine solche Wohnung hat, dann ist der Mietenunterschied zu den neugebauten Wohnungen nicht mehr so groß.

Jenn jemand das Verdienst für sich in Anspruch nehmen kann, daß wir heute einen Mieterschutz haben, dann nicht die Kommunistische Partei, die uns bei jeder Beschlußfassung über den Mieterschutz in der ärgsten Form als Verräter der Arbeiterschaft beschimpft hat. Ich wehre mich auch dagegen, von der Kommunistischen Partei als sozialistischer Genosse angesprochen zu werden. Wir haben als Sozialisten aber schon gar nichts mit der bolschewistischen Ideologie zu tun, wir haben und wollen gar nichts mit Vertretern einer Partei zu tun haben, die in ihren Ländern, wo sie an der Macht ist, unsere sozialistischen Genossen einkerkert und hinrichtet. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Es ist richtig, daß sich nicht alle eine solche neue Wohnung leisten können. Denen können wir aber nicht sagen, sie sollen unter die Reichsbrücke ziehen, denen müssen wir eben eine Wohnung aus dem kommunalen Wohnbauprogramm zur Verfügung stellen. Und je mehr Menschen wir dazu bringen, eigene Beiträge zu leisten, umso eher können die bedürftigen Wohnungssuchenden in kommunalen Wohnungen untergebracht werden.

Was die Kreditoperation anlangt, besteht überhaupt kein Unterschied mit dem, was wir seit eh und je und unter Stadtrat Resch vertreten haben, daß nämlich Kredite nur dann aufgenommen werden können, wenn sie weder eine wirtschaftliche Schädigung, noch eine politische Bindung für die Stadt Wien bedeuten, und wenn die Zinsen durch Investitionen auch aufgebracht werden können.

Die mit 2.100 Schilling pro Quadratmeter festgelegten Baukosten können natürlich nicht für alle Zeiten Geltung beanspruchen. Sollte sich der Baukostenindex stark ändern, müßten wir hier eine Korrektur vornehmen. Nach den jetzigen Erfahrungen scheint dieser Betrag jedoch richtig zu sein.

Stadtrat Slavik verweist sodann darauf, daß durch die Staffelung der Eigenaufbringung der Baukosten nach der Kinderzahl den sozialen Erfordernissen Rechnung getragen wurde. Bereits bei zwei Kindern ermäßigen sich die 20 Prozent der Eigenaufbringung auf 15 Prozent, bei drei und mehr Kindern auf 10 Prozent. Der Antrag, die Kannbestimmung in eine Mußbestimmung umzuwandeln, empfiehlt der Redner abzulehnen. Es soll in keinem Fall geschnüffelt werden, ob ein Bauwerber 1.000, 2.000 oder mehr Schilling Einkommen hat. Es kann sich auch jeder an dieser Aktion beteiligen, es soll jedoch vermieden werden, daß jemand, der ein größeres Einkommen als 10.000 oder 15.000 Schilling hat, eine Ermäßigung bekommt. Eines steht jedoch fest, daß die Aktion auf keinen Fall proporzmäßig aufgeteilt werden soll. Es haben alle Bewohner unserer Stadt ein Recht, von der Gemeindeverwaltung gefördert zu werden, auch wenn sie sich nicht zu der einen oder anderen Partei bekennen wollen.

Verhindert müsse werden, daß ein Haus, das mit Annuitäten errichtet wurde, mit einem Riesenaufschlag verkauft wird.

Wenn sich der Verkauf aus wirtschaftlichen oder familiären Gründen notwendig erweist, wird der Betreffende selbstverständlich die Zustimmung zum Verkauf erhalten. Spekulationsverkäufe müßten jedoch verhindert werden. (Beifall bei der SPÖ.) Die Aktion wird vor allem eine Hilfe für die jungen Wohnungssuchenden sein und für die Wohnungssuchenden im allgemeinen.

"Neue Wiener Wohnbauaktion"

Bürgermeister Jonas ergreift das Wort. Er stellt fest, daß wir derzeit drei verschiedene Einrichtungen haben, die zur Förderung des Wohnungsbaues dienen. Es sind dies der Wohnhauswiederaufbaufonds, der Bundes-John- und Siedlungs-Fonds und die Wohnbauförderung. Zur Unterscheidung von den anderen soll nun dieser neuen Einrichtung zur Förderung des Wohnhausbaues durch Gewährung von Annuitätenzuschüssen und Übernahme von Bürgschaften für Bau Darlehen ein Kurztitel gegeben werden. Bürgermeister Jonas schlägt vor "Neue Wiener Wohnbauaktion".

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag des Gemeinderates Mühlhauser gegen die Stimmen der ÖVP abgelehnt. Der Antrag des Referenten sowie der Kurztitel "Neue Wiener Wohnbauaktion" wurden einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung um 13.35 Uhr. Alle anderen Punkte der Tagesordnung sind ohne Debatte angenommen worden.

- - -

Zeitweilige Schließung des Beethoven-Erinnerungsraumes

=====
auf der Mülkerbastei
=====

21. November (RK) Wegen Renovierungsarbeiten müssen die Beethoven-Erinnerungsräume und das Stifter-Museum im Pasqualatihaus, 1, Mülkerbastei 8, ab sofort bis 29. November inklusive geschlossen bleiben. Sonntag, den 30. November, sind die beiden Gedenkstätten wieder geöffnet.

- - -

Johann Böhm - Ehrenbürger der Stadt Wien
=====

Die höchste Auszeichnung der Bundeshauptstadt einstimmig vergeben

21. November (RK) Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und 2. Präsident des Nationalrates Johann Böhm ist heute vom Wiener Gemeinderat zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt worden. Dies ist die höchste Auszeichnung, die die Bundeshauptstadt zu vergeben hat. Der Anlaß zu dieser hohen Ehrung sind seine außerordentlichen Verdienste, die jetzt zur 40. Wiederkehr der Schaffung der Republik Österreich entsprechend gewürdigt werden sollen.

Johann Böhm wurde am 26. Jänner 1886 in Stögersbach, Niederösterreich, als Sohn eines Kleinhäuslers geboren. Er erlernte das Maurerhandwerk und arbeitete in diesem Beruf in Wien. Im Jahre 1903 trat er der Gewerkschaft der Maurer bei, wurde zwei Jahre später Obmann der Ortsgruppe Währing und 1912 Obmann der Vereinigung der Wiener Ortsgruppen. 1913 wurde er Vorstand der Unfallsversicherungsanstalt. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges wurde er zur Kriegsdienstleistung einberufen. Nach Beendigung des Krieges im Jahre 1918 übernahm er die Geschäftsführung des neugeschaffenen Arbeitsamtes für das Baugewerbe in Wien. Drei Jahre später, also 1921, wurde er Leiter der Ortsgruppe Wien der Baugewerkschaft und im gleichen Jahre Stellvertretender-Vorsitzender der Industriellen Bezirkskommission. 1926 erhielt er das Mandat eines Gemeinderates, außerdem wurde er zum Vorsitzenden der Baugewerkschaft gewählt. Von 1930 bis 1934 war er Mitglied des Nationalrates. Die Ereignisse von 1934 führten zu seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben. In der folgenden Zeit war Johann Böhm "illegal" weiterhin in der Gewerkschaftsbewegung tätig und insbesondere während des NS-Regimes stand er mit an der Spitze der um ein freies Österreich ringenden Menschen. Im Jahre 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet. Die Beendigung des 2. Weltkrieges brachte für ihn eine Fülle verantwortungsvollster Arbeit. Er wurde als Staatssekretär für soziale Verwaltung in die provisorische österreichische Regierung des Staatskanzlers Dr. Renner berufen. In dieser Eigenschaft hatte er einen wesentlichen Anteil an der Wiedereinführung und dem Ausbau der Sozialpolitik der 2. Republik.

Als erfahrener Gewerkschafter wurde er auch mit dem Neuaufbau der österreichischen Gewerkschaftsorganisationen betraut. Nun war für ihn der Augenblick gekommen, endlich den von ihm schon lang gehegten Gedanken, eine Zentralorganisation aller gewerkschaftlichen Kräfte herbeizuführen, zu verwirklichen. Er legte den Grundstein für die Bildung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, in dem 16 überparteiliche Gewerkschaften vereinigt werden konnten. Seit 1948 ist er dessen Präsident. Er hat durch seine Urteilskraft, seine Voraussicht und nicht zuletzt durch seinen Mut, für das als richtig Erkannte mit ganzer Tatkraft einzutreten, den Österreichischen Gewerkschaftsbund zu Ansehen und zu einem maßgeblichen Faktor in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beziehung geführt.

Die Aufgaben, die Präsidenten Böhm überantwortet wurden, waren stets groß und schwer. Er widmete sich ihnen in selbstloser Weise und mit großer Energie. Entscheidend war sein Anteil am Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft nach Beendigung des 2. Weltkrieges. In schwierigen Verhandlungen mit den Unternehmern und der Regierung konnte er dank seines Weitblickes und seiner großen Sachkenntnis mit Erfolg die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten. Zugleich aber verstand er es, stets das Gesamtinteresse Österreichs im Auge zu behalten. Binnen kürzester Zeit wurde der vollkommen zerrüttete Wirtschaftsapparat Österreichs und nicht zuletzt Wiens wieder aktionsfähig und wenn heute das Wirtschaftsleben Österreichs und Wiens gesund und gefestigt da steht, so hat Präsident Böhm im höchsten Maße Anteil und Verdienst daran.

Präsident Böhm ist nicht nur für die Werktätigen Österreichs ein Begriff geworden, er zählt überhaupt zu den profiliertesten Persönlichkeiten des gegenwärtigen politischen und gewerkschaftlichen Lebens. Sein wahres Menschentum sichert ihm die aufrichtige Liebe und Achtung aller.

Nationalrat Böhm, der seit 1945 2. Präsident des Nationalrates ist, wurde für seine außerordentlichen Verdienste um die Republik Österreich und die Stadt Wien mehrfach ausgezeichnet. Im Jahre 1951 wurde ihm von der Stadt Wien ein Preis aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen, 1953 erhielt er den Croix officier pour le mérite sociale und 1954 das Große Goldene Ehrenzeichen

am Band für Verdienste um die Republik Österreich. Nun ist er auch Ehrenbürger von Wien geworden. Wie außergewöhnlich diese Auszeichnung ist, geht schon daraus hervor, daß seit dem Ende des ersten Weltkrieges nur acht, mit Johann Böhm nun neun Persönlichkeiten die Ehrenbürgerschaft erhalten haben. Die Namen seiner Vorgänger lauten: Jacob Reumann (1923), Franz Klein (1924), Richard Strauss (1924), Karl Seitz (1929), Leopold Kunschak (1946, Theodor Körner (1948), Karl Renner (1948) und Adolf Schärf (1955).

Das Datum der feierlichen Überreichung der Ehrenbürger-Urkunde durch Bürgermeister Jonas wird sofort mitgeteilt, wenn es feststeht.

- - -

Besuch Dr. Drimmels im Stadtschulratsgebäude
=====

21. November (RK) Unterrichtsminister Dr. Drimmel besichtigte heute auf Einladung des Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Hofrat Dr. Zechner, das Stadtschulratsgebäude auf dem Dr. Karl Renner-Ring. Er wies in seiner Ansprache auf den Wandel der Zeit hin, der sich auch darin dokumentiere, daß auf diesem Gebäude wieder die österreichische Fahne weht. Der Minister betonte, daß es gemeinsames Anliegen der Erzieher sei, der jungen Generation all das zu ersparen, was die Generationen vorher durchmachen mußten. In der Weltstadt Wien, sagte er, von der man ohne Übertreibung behaupten darf, daß sie eine Weltstadt der Kultur ist, kommt der Erziehung und Formung junger Menschen eine ganz besonders bedeutsame Rolle zu.

- - -

Richtigstellung

=====

21. November (RK) Der Referentenantrag auf Gewährung von Annuitätenzuschüssen wurde nicht wie es auf Blatt 2346 heißt einstimmig angenommen, sondern die Annahme erfolgte mit den Stimmen der beiden großen Parteien gegen die der VO-Gemeinderäte.

- - -

Marienbrücke im Glanz der Lichter

=====

21. November (RK) Die Marienbrücke wird ähnlich wie die Schwedenbrücke nachts durch eine verdeckte Soffittenbeleuchtung angestrahlt werden. Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten hat die für die Ausstrahlung des Tragwerkes erforderlichen Mittel bereitgestellt. Die Beleuchtung der Marienbrücke soll, um einen wirkungsvollen Kontrast zu der mit Natriumdampflampen illuminierten Schwedenbrücke herbeizuführen, mit Leuchtstofflampen erfolgen. Die Installationsarbeiten werden von der Magistratsabteilung für Öffentliche Beleuchtung durchgeführt werden.

- - -